Informationen aus dem Ortsvorstand

Im Mittelpunkt der Beratung des Ortsvorstandes am 6. Dezember 06 stand die Vorbereitung der Berichtswahlversammlung am 27. Januar 2007. Ausführlich wurden die inhaltliche Zielstellung, die Personalfragen und die organisatorische Vorbereitung dieser Zusammenkunft debattiert.
Der Ortsvorstand beschloss Thesen für das Referat und die Beschlussentwürfe zu den Aufgaben 2007/2008 und die Öffentlichkeitsarbeit. Die Beschlussentwürfe werden den Mitgliedern mit der Einladung zugestellt.
Der Rat der Alten und die Arbeitsgruppe Bildung/Öffentlichkeitsarbeit beschäftigten sich im Dezember mit dem gleichen Anliegen.
Der Ortsvorstand nahm zu einem Schreiben des Ortsvereinsvorsitzenden der SPD, Herrn Hitzges, zum Antrag seiner Fraktion, das letzte KiTa-Jahr ab Januar 2007 kostenfrei anzubieten, Stellung. Der Ortsvorstand begrüßt, dass derartige Fragen zur Diskussion gestellt werden. Sie entsprechen eigenen wenn auch weitergehenden, Forderungen.
Es gab Übereinstimmung, dass die Entwicklung auf diesem wichtigen Gebiet der Familienpolitik mit Eindeutigkeit einer Korrektur von Beschlussfassungen des Landtages bedarf (siehe Protestaktionen der Linkspartei.PDS zum KiTa-Gesetz).
Auch unter den Bedingungen Neuenhagens wird die inhaltliche Ausgestaltung des Vorschuljahres als dringendes Erfordernis angesehen. Hier sind sachliche und inhaltliche Ansprüche abzusehen. Dies auch bei dem hohen Versorgungsgrad.
Davon abhängig wäre eine noch stärkere soziale Differenzierung der KiTa-Gebühren ab dem ersten Jahr zu prüfen, so zum Beispiel für sozialbedürftige Familien (Hartz IV / Eltern mit mehreren Kindern).
Der Ortsvorsitzende der SPD wurde gebeten, diese Fragen mit in die Beurteilung des genannten Antrages einzubeziehen.



Eine Eiche für Kurt Schneider

Etwas länger als ein Jahr ist es jetzt her, dass wir uns von unserem Genossen Kurt Schneider verabschiedet haben. Damals wurde die Idee geboren, ihm zu Ehren einen Baum zu pflanzen. Das geschah nun auf Initiative des Bürgervereins Bollensdorf am 16. Dezember 2006 um 11.00 Uhr auf dem Schäferplatz.
Eine Stiel-Eiche, übermannshoch, mit einer kleinen Gedenktafel wird an diesem Standort künftig an Kurt Schneider erinnern.
Viele Freunde, Bekannte und Weggefährten wohnten der Gedenkveranstaltung bei. Worte der Erinnerung sprach der Vorsitzende des Bürgervereins Bollensdorf Rainer Becker.



Sascha meint...

Interesse für Jugendparlament ist vorhanden

Nachdem ich mich in der Dezember-Ausgabe von „Im Gespräch“ über die bisherigen Tätigkeiten der AGENDA 21-Arbeitsgruppe „Jugendwerkstatt“ nur am Rande zum Thema Gemeindejugendvertretung geäußert habe, möchte ich Euch hiermit über die jüngsten Fortschritte auf diesem Gebiet informieren.

Am 19.12.2006 erhielten Michael Bohmeyer (GiP-Fraktion) und ich die Möglichkeit, das Projekt einer Neuenhagener Gemeindejugendvertretung (Jugendparlament) Schülern der Peter-Joseph-Lenné-Oberschule in Hoppegarten vorzustellen. Bei diesem Treffen waren etwa 20 Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe aus Neuenhagen und einigen umliegenden Gemeinden sowie der Sozialarbeiter der Schule und eine Lehrerin anwesend. Wir kamen recht schnell mit den Teilnehmern ins Gespräch und informierten uns über ihre Fragen und Probleme. Unter der Überschrift „An meiner Gemeinde mag ich/mag ich nicht...“ trugen wir die Vor- und Nachteile zusammen, wobei frühzeitig deutlich wurde, dass in den Augen der Jugendlichen noch vieles getan werden kann und muss. Beispielsweise wurden die Jugendklubs der Umgebung grundsätzlich gelobt, ihre Öffnungszeiten und Ausstattung jedoch sehr kritisiert. Darüber hinaus war sich die Mehrzahl der Anwesenden darin einig, dass in den Bereichen der Freizeitangebote und des Öffentlichen Personennahverkehrs ein erheblicher Handlungsbedarf besteht, um die Gemeinden attraktiver für junge Menschen zu machen. So wurden unter anderem Forderungen nach einem Kino, einem Internet-Café und einem öffentlichen Bolzplatz vorgebracht.

Als Michael und ich im Anschluss daran die Grundzüge unseres Konzepts für die Neuenhagener Gemeindejugendvertretung erläuterten, bemerkten wir positiv, wie das Interesse der Schüler für diese Idee allmählich wuchs. Dies wurde sowohl in den zahlreichen Anmerkungen und Nachfragen nach unserem Vortrag als auch anhand des bekundeten Interesses deutlich, Anfang des kommenden Jahres an einem von uns geplanten Workshop zu dem Thema teilzunehmen. Hierbei zeigte sich, dass die Jugendlichen keineswegs politikverdrossen oder desinteressiert sind, sondern ganz im Gegenteil die Einrichtung eines eigenen politischen Gremiums durchaus befürworten. Sie waren sich einer solchen Möglichkeit bisher nicht bewusst, und dass sie sich auf diesem Wege verändernd einbringen können. Diese Bewertung ihrer eigenen Situation bestärkt uns darin, das Projekt weiter voranzutreiben, und so schnell wie möglich zu verwirklichen.

Aus unserer Sicht kann diese Veranstaltung als ein überaus erfreulicher und gelungener Auftakt unserer „Informationstour“ eingeschätzt werden. Angespornt durch die positive Resonanz von verschiedenen Seiten, hoffen wir nun darauf, dass es in den anderen (Ober-)Schulen in und um Neuenhagen ähnlich gut laufen wird, und wir die Kinder und Jugendlichen unserer Gemeinde an die „Wahlurnen“ rufen können, damit sie die Chance erhalten, ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich mitzugestalten.

Sacha Trutt

Notizen aus dem Kreistag

Mittwoch, 20. 12. 2006, 24. Sitzung des Kreistages in dieser Wahlperiode und letzte Sitzung in diesem Jahr. Wie immer ist es auch diesmal unmöglich, auf alle 26 Tagesordnungspunkte einzugehen, selbst auf so wichtige wie Jugendförderplan, Entwicklungsstrategie für die Kultur – GmbH, Richtlinien zur Förderung des Sports, Beratung zur ÖPNV-Förderrichtlinie u.a. Daher zu dem meiner Ansicht nach wichtigsten Punkt: Haushalt 2007, zumal dazu in der MOZ sehr einseitig und unvollkommen berichtet wurde. Eine altbekannte Wahrheit: Der Haushalt ist in Zahlen geronnene Politik. Für die Bewertung unseres Haushaltes stellt sich die Frage, Politik – welcher Ebene? Kommune, Land, Bund, Europa. Ohne den Zusammenhang, die Abhängigkeit gerade der unteren Ebene zu berücksichtigen, kann es keine gerechte Wertung des Haushaltes geben. Gemessen an der Grundgesetzfestlegung, die Kommunen sind allumfassend für die Daseinsvorsorge verantwortlich, müsste man den Haushalt ablehnen. Die so genannten freiwilligen Aufgaben werden auf ein Minimum, ca. 1,8 % bezogen auf das Gesamtvolumen, eng begrenzt. Allein ein Blick auf die vorgesehenen Investitionen lässt eigentlich keine positive Bewertung des Haushalts zu, denn diese verringern sich von 2001 – 18,48 Mio € auf 2010 – 9,8 Mio €. Wie soll der Kreis bei dieser Entwicklung einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt leisten? Nach wie vor zeichnet sich der Haushalt durch ein stetig anwachsendes strukturelles Defizit aus. Betrug dieses 2004 6,9 Mio €, so steigt es in 2007 auf 15,8 Mio € und beträgt, wenn die Rahmenbedingungen sich nicht ändern 2010 – 20,5 Mio €. Das strukturelle Defizit addiert führt zu einem Gesamtdefizit im Jahre 2010 von 103,5 Mio €.

Unsere Fraktion hat sich in den vorbereitenden Debatten zum Haushalt 2007 ausführlich mit der Gesamtproblematik beschäftigt und die Zustimmung zum Haushalt von dem Einreichen der Verfassungsbeschwerde abhängig gemacht. Dem folgte die Verwaltung, und es wurde ein Kreistagsbeschluss dazu gefasst. Darüber hinaus gibt es noch andere Gesichtspunkte, die uns veranlassten, dem Haushalt zuzustimmen. Das sind:

• Die freiwilligen Aufgaben konnten in der bisherigen Höhe beibehalten werden. Die CDU-Fraktion forderte hier weitgehende Einsparmaßnahmen, denen der Kreistag nicht folgte.

• Die Förderrichtlinie für den Sport sieht weiterhin Zuschüsse vor.

• Ein wesentlicher Punkt ist die Beibehaltung der Kreisumlage in bisheriger Höhe und dies, obwohl von Seiten der Landesregierung erheblicher Druck zur Erhöhung ausgeübt wurde.

Hier eine Nebenbemerkung: Nach wie vor wird von der Landesregierung das Spiel betrieben, Städte und Gemeinden gegen Kreis und umgekehrt, Kreis gegen Städte und Gemeinden auszuspielen. Der Kreis finanziert sich, wie ich ja schon mehrmals bemerkte, wesentlich aus der Kreisumlage und er finanziert damit solche Aufgaben wie Schülertransport, umfangreiche Ausgaben im sozialen Bereich (KITA-Personalkosten) und Wohngeld.
Unsere Fraktion drängt den Landrat, und er folgt unserem Anliegen, eine faire Zusammenarbeit mit den Ämtern, amtsfreien Städten und Gemeinden zu befördern. Auf diesem Weg ist aber noch viel zu leisten, denn es ist nicht zu übersehen, dass sich das Eigeninteresse der Städte, Ämter und Gemeinden häufig einseitig gegen den Kreis und nicht gegen die eigentlichen Verursacher richtet. Ich hoffe, dass wir mit der Verfassungsbeschwerde einen kleinen Schritt weiterkommen.

Prof. Dr. Günter Schippel

Mit der Zurückhaltung ist es vorbei – ein Weißbuch aus Berlin

Dass deutsche Soldaten nicht offiziell mit in den Irakkrieg gezogen sind, wurde im In- und Ausland, mit Ausnahme von„unseren transatlantischen Freunden“, weit gehend positiv bewertet, obwohl sich die Bundesrepublik überhaupt nicht so neutral verhalten hat, wie es auf den ersten Blick erscheint. Deutsches Territorium wurde, mit Duldung der Regierung, als Aufmarsch- und Nachschubbasis durch die US-Truppen genutzt, und, wie man unlängst ganz nebenbei erfuhr, haben Spezialkräfte der Bundeswehr den Amerikanern logistische Hilfe geleistet.

Die Zeit der Zurückhaltung soll nun vorbei sein. Im neuen **„Weißbuch für die künftigen Aufgaben der Bundeswehr“** wird jetzt Klartext gesprochen. Alle Beschränkungen, die der Charakter einer Verteidigungsarmee bisher mit sich brachte, sollen aufgehoben, und der Wandel zu einer Truppe **zur internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus,** vollzogen werden. Um die Sache konsequent anzugehen, wird auch betont, dass präventives Vorgehen dazu notwendig sei. Also wird künftig nicht mehr gewartet, bis etwas passiert, sondern vorbeugend zugeschlagen, wenn man das Herannahen einer Krise vermutet. Weil die gegenwärtigen Statuten des Völkerrechts das nicht gestatten, wird eine Reform der UNO, im Sinne der neuen Politik, angestrebt.

Die Begründung der neuen Linie: Deutschland ist in hohem Maße von einer zuverlässigen Rohstoffzufuhr und von gesicherten Transportwegen abhängig. In den Ländern, auf die es in dieser Beziehung angewiesen ist, herrschen oftmals instabile Verhältnisse, oder diese sind sogar „Brutstätten des Terrorismus“. So ist es legitim, die vorhandenen oder noch zu schaffenden militärischen Mittel zur Sicherung der Lebensgrundlagen des deutschen Volkes einzusetzen. Außerdem ist es dazu weiterhin erforderlich, die Rüstungsindustrie den neuen Erfordernissen anzupassen.

Das hatten wir doch schon einmal. Unter der Parole **„Volk ohne Raum“** zogen die Deutschen in einen verheerenden Krieg, der in eine Katastrophe führte und am Ende noch weniger Raum als vorher brachte. Die Erkenntnis, dass man sich für Profitinteressen des Großkapitals geopfert hatte, kam zu spät, und sie hielt auch bei Vielen nicht lange an. Auch heute werden die Zusammenhänge von Vielen nicht durchschaut oder mit Desinteresse wahrgenommen. Gelegentliche Protestaktionen laufen als übliche Rituale ab und bewirken kaum etwas. Als der amerikanische Präsident Bush bei seinem Berlinbesuch mit einer halben Million Demonstranten gegen den Irakkrieg konfrontiert wurde, sagte er sinngemäß: „[…] die dürfen das, wir leben ja in einer Demokratie […]. Was er nicht sagte, aber damit deutlich zum Ausdruck brachte: Zu dieser Demokratie gehört auch, dass sich die Mächtigen einen Dreck um die öffentliche Meinung scheren müssen.

In den letzten Tagen verbreiten die deutschen Medien verstärkt die Warnungen einiger Politiker über bevorstehende Terroranschläge auch in Deutschland, und damit natürlich verbunden der Forderung nach entsprechender Aufrüstung. Innenminister Schäuble will die Bereitschaftspolizei verstärken. Um die Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Innern wird heftig gestritten, und auch von außen mehren sich die Forderungen, das Mandat der bereits zu Tausenden im Ausland operierenden Bundeswehrsoldaten auf Kampfeinsätze zu erweitern.

Die Ursachen für die meisten Konflikte in der Welt liegen doch wohl darin, dass sich die Starken von den Schwachen nehmen, was sie brauchen, und die Schwachen sich mit den Mitteln wehren, die sie haben. Das nennen wir dann Terrorismus. Wenn wir da mitmachen, ist die Erkenntnis nicht falsch, dass es uns künftig auch erwischen wird.

Harry Mittenzwei